



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/15

18. Januar 1950

Statt KZ Deportationen und Zuchthäuser

-----  
Von unserem ständigen Berliner Mitarbeiter

Der Sturm der Entrüstung, der in den letzten Wochen in der deutschen Öffentlichkeit und in weiten Teilen der Weltpresse über die widerrechtliche Zurückhaltung Hunderttausender deutscher Kriegsgefangener als Arbeitskalven in der Sowjetunion losbrach, und die fortgesetzten Proteste Westberlins und seines Stadtparlamentes gegen die Schmach der Aufrechterhaltung der Kz sind den Machthabern im Kreml und in Karlsruh doch so auf die Nerven gegangen, dass sie in einem Punkt etwas nachgegeben haben: 15.000 Kz-Häftlinge von insgesamt 40 bis 60.000 sollen im Laufe eines Monats entlassen werden. Ausserdem sei die Aufhebung der Lager in Sachsenhausen und Buchenwald vorgesehen.

Offenbar hat man sich in Moskau und im Kreise der sowjetischen Kontrollkommission davon überzeugt, dass ein modus vivendi für eine Viermächte-Zusammenarbeit in Berlin und darüber hinaus in Deutschland unmöglich ist, solange man an dem verhasstesten Symbol der sowjetischen Zwangsherrschaft in der Ostzone, den Sowjet-Kz, festhält. Auch scheint es Pieck und den Ostzonenministern gelungen zu sein, die sowjetische Kontroll-Kommission davon zu überzeugen, dass sie nichts so sehr in den Augen der Ostzonenbevölkerung belastet, als die Übernahme dieses nationalsozialistischen Erbes. Aus diesem Grunde hat sich die sowjetische Kontroll-Kommission damit einverstanden erklärt, dass ein Teil der Kz-Häftlinge entlassen werden. Es ist anzunehmen, dass es sich dabei, wie bei der ersten Entlassungsaktion im Sommer 1948, vor allem um Kranke, also um Arbeitsunfähige handelt und ausserdem um solche, deren Freilassung aus politischen Gründen keine Bedenken entgegenstehen.

Von entscheidender Bedeutung für die Beurteilung der zu erwartenden Aktion ist aber der Unterschied, den man nun plötzlich zwischen Internierten und Strafgefangenen macht. Allein im Kz Sachsenhausen befinden sich neben 4.000 eigentlichen Internierten rund

10.000 Internierte, die aufgrund eines Urteils, gegen das sie sich nicht zu wehren vermochten, zu Strafgefangenen mit 10, 15 und 25 Jahren Zwangsarbeit erklärt wurden. In dem Kz Bautzen, das von etwa 5.000 Strafgefangenen bevölkert wird und das als Durchgangslager für die laufenden Transporte von Zwangsarbeitern nach der Sowjetunion dient, befinden sich bereits seit geraumer Zeit keine Internierten. Von seiner Auflösung war bisher mit keinem Wort die Rede, nur davon, dass es jetzt der Sowjetzonenregierung unterstellt werden soll. Es wird in Zukunft wahrscheinlich auch noch weiter als Auffanglager für die gegenwärtig auf etwa 30.000 Mann geschätzten "Wirtschaftsaboteure" dienen. Es ist also bestenfalls mit der Auflösung der in der ganzen Welt verrufensten Kz Buchenwald und Sachsenhausen zu rechnen. Zur Aufnahme der dort untergebrachten "politisch gefährlichen Internierten" und der dortigen Strafgefangenen wird seit Monaten in den Zuchthäusern der einzelnen Länder der sowjetischen Besatzungszone Platz gemacht, indem man die dort untergebrachten kriminellen Verbrecher ebenfalls kurzerhand nach der Sowjetunion abtransportiert.

Allen jenen Insassen der Kz, die jetzt nicht entlassen werden, die aber das grosse und seltene Glück haben, nicht in einem Zwangslager der Sowjetunion selbst zu verschwinden, steht nun der fragwürdige Tausch zwischen den Baracken der Kz und den festen Mauern der ostzonalen Zuchthäuser bevor. Schon heisst es in der deutsch-sowjetischen Presse: Warum macht ihr den wohlwollenden Sowjets und uns nur das Leben so schwer? Schon vor 1 1/2 Jahren musste die ursprünglich viel umfassender geplante Entlassungsaktion aus den Kz wegen eurer Proteste abgebrochen werden. Freut euch doch, dass die Sowjets jetzt wieder bereit sind, Tausende zu entlassen - Wohlweislich unterlässt man es aber, darauf hinzuweisen, dass auch bei der bevorstehenden Aktion nur das äussere Symbol der sowjetischen Zwangsherrschaft verschwinden wird. Die Funktionen der Kz werden in Zukunft die Zuchthäuser übernehmen. Die Deportationen nach der Sowjetunion werden weiter anhalten und der Zustand der Rechtlosigkeit wird das Gebiet der deutsch-sowjetischen Ostrepublik noch weiter zur "Zone des Grauens" stempeln. Wer jetzt unter den Glücklichen ist, die entlassen werden, mag sich von Kerzen freuen. Aber auch diese Massnahme ist im Grunde aufs Ganze gesehen ein "Augenauswischen", ein Stück aus dem Propagandafeldzug der östlichen Machthaber, ihr Regime etwas weniger unmenschlich erscheinen zu lassen, ohne es im Prinzip irgendwie zu ändern.

\*\*\*

## Truman's Programm für 1950

(Von unserem Korrespondenten in USA, Dr. Hans Steinitz)

Die traditionellen Botschaften des Präsidenten der USA am Beginn jedes Jahres stellen zusammen genommen das Regierungsprogramm für das laufende Jahr dar. Für 1950 entbehren sie jeglicher Sensationswort nicht gesagt ist, dass sie innenpolitisch unbestritten sind.

Truman geht auf seiner Linie des gemässigten Fortschritts einige vorsichtige Schritte weiter: in richtiger Einschätzung der Stimmung im Lande und der Machtverhältnisse im Kongress hütet er sich sorgsam vor umstürzenden Neuerungen, grossartigen Reformen und gewaltigen

Zukunftsvisionen. Aber an seinen grundsätzlichen Anschauungen, die in der Idee der sozialen Sicherheit für jedermann gipfeln, hält er mit

eiserner Zähigkeit fest, und er hat die gesetzgebende Versammlung aufgefordert, eine Anzahl Massnahmen seines "Fair Deal" in die Tat umzusetzen.

An der Spitze stehen verschiedene Forderungen auf Ausbau und Ausdehnung der staatlichen Sozialversicherung, deren bestehende

Lücken er zu füllen sucht: zweifels Verlängerung des Mieterschutzes und Ausdehnung des staatlichen Wohnungsbaues, ferner eine Bundesbei-

hilfe zum Schulwesen (das in die Kompetenz der 48 Einzelstaaten gehört, aus denen die USA bestehen), verschiedene dringend notwendige

administrative Reformen, um den noch von den Kriegsjahren her maßlos aufgeblähten Verwaltungsapparat wieder zu normalisieren; Bau neuer

Stauwerke und Wasser-Regulierungswerke in verschiedenen Landesteilen, die in Roosevelts grossen Programm öffentlicher Arbeiten zu kurz gekommen waren; Neuformulierung der staatlichen Preisstützungspolitik für die Landwirtschaft, verschiedene Massnahmen zur Sicherung der

Rechtsstellung der Neger in den Südstaaten und ein ganzes Paket ähnlicher innenpolitisch wichtiger Einzelfragen.

Man weiss jedermann im Lande genau, daß der Kongress bestimmt nicht dieses ganze Programm gutheissen wird. Mehrere der aufgeführten

Punkte sind heftig umstritten, wie z.B. gerade die Stellung der Neger im Süden, die Reform der Agrarhilfe u.a., wo es jeweils kaum möglich

ist, den Widerstand einer geschickt operierenden Gruppe opponierender Senatoren über den Haufen zu rennen, - und in manchen anderen

Fällen wird der Kongress nicht die nötigen Mehrausgaben bewilligen. Damit kommen wir zum innenpolitischen Kernproblem.

Zweifelloß neigt heute die Stimmung im Lande wie im Parlament sehr zu einer grossen Sparpolitik. Das jetzt laufende Fiskaljahr-

das neue beginnt am 1. Juli - wird mit einem Defizit von sage und schreibe fünf Milliarden Dollar abschliessen, und auch das neue Bud-

get, das Truman soeben vorgelegt hat, sieht ein ähnlich hohes Defizit vor. Die Republikanische Oppositionspartei, unterstützt von dem kon-

servativen rechten Flügel aus Trumans eigener Partei, will absolut, im Interesse der "Solvenz" Amerikas, auf einen ausgeglichenen Haus-

halt Wert legen, - was im Prinzip natürlich auch die Regierung will. Truman hat schon einige Konzessionen gemacht: er hat die Ausgaben

für die Landesverteidigung um eine Milliarde Dollar zusammengestrichen und beantragt auch für den Marshallplan weniger Geld als im Vor-

jahr (3,1 Milliarden gegen 4 Milliarden 1949), weil er sich darüber klar ist, dass eine höhere Summe vom Kongress auf keinen Fall be-

willigt werden würde. Übrigens hatten ausländische diplomatische Kreise in Washington diese Reduktion vorausgesehen und sind daher nicht

sonderlich überrascht.

Darüber hinaus aber hat Truman einige neue Steuern bzw. Steuererhöhungen angeregt, um die Mehrausgaben seiner Reformpläne, öffent-

lichen Arbeiten und Sozialleistungen wenigstens halbwegs zu sichern; allerdings hat er diese vermehrten Einnahmen sorgfältig so formuliert,

daß keine zusätzliche Belastung der breiten Massen eintritt, d.h. er will sie auf Erhöhung der Kapitalertragssteuern, Aktiensteuern, steuer-

liche Erfassung der bisher steuerfreien kommunalen Anleihen und Pfandbriefe u.dgl. beschränken. Seine Gegner befürchten davon eine Be-

lastung des Geschäftslebens. Auf diesem Gebiet wird es aller Voraussicht die heftigsten parlamentarischen Kämpfe geben. Die Fronten

stehen einander klar gegenüber, auf der einen Seite ein Staat mit großzügiger Sozialpolitik und aktiver Wirtschaftspolitik der Regierung,

auch auf die Gefahr gewisser steuerlicher Mehrbelastungen hin, auf

18.1.1950

der anderen ausgeglichenes Budget, Steuersenkungen, Abbau der Staatskontrollen über Handel und Industrie, Rückkehr zur ungehemmten

freien Unternehmerinitiative. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung dieses klar umrissenen innerpolitischen Kampfes und seiner Auswir-

kungen auf die Weltpolitik sind die Mächtkämpfe, die jetzt im Kongress einsetzen, auch für den ausländischen Beobachter sehr interessant.

Im Übrigen wird gegen Trumans optimistischen Blick in die Zukunft kaum Protest erhoben werden. Er hat festgestellt, dass die

wirtschaftliche Lage der USA gesund und ihr soziales Niveau leidlich sind, daß die Kriegsgefahr in der Welt geringer geworden sei, daß

Marshallplan und Atlantikpakt zur Erholung und Sicherung Europas entscheidend beitragen konnten, daß sich der Kommunismus - wenigstens

in Europa - auf dem Rückzug befinde und die nächste Zukunft aller Voraussicht nach keine politischen oder wirtschaftlichen Katastrop-

hen bringen werde. Ruhiger Optimismus und gemessener Fortschritt - das ist das Leitmotiv von Präsident Trumans neuen Programm; von

seiner Verwirklichung wird, diesseits und jenseits des Ozeans, viel für die Menschheit abhängen.

- - - - -

Der folgende Appell der Kriegsgefangenenhilfe der SPD ist, unterzeichnet vom Vorsitzenden der Partei Dr. Kurt Schumacher an den amerikanischen Hohen Kommissar gerichtet worden:

#### Appell der Kriegsgefangenenhilfe an McCloy

Die Kriegsgefangenenhilfe der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wendet sich mit diesem Schreiben an den Herrn Hohen

Kommissar der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland und bittet ihn, von dem Inhalt freundlichst Kenntnis zu nehmen:

Die früheren Kriegsgefangenen Erich Reichmann (Kgf. Nr. 81 G - 649 000 -H) und Fritz Loeper (Kgf. Nr. 413 802-H) befanden sich 1947

in Italien auf der Flucht. In Foggia/Italien haben die genannten Kriegsgefangenen einen Raub begangen, um in den Besitz eines Kraft-

fahrzeuges zu gelangen, mit dem sie ihre Flucht nach Deutschland fortsetzen wollten. Die Tat mißlang, die beiden wurden ergriffen

und im Juni 1947 von dem amerikanischen Hauptquartier "Port of Leghorn" zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Strafe wurde am 12. November

1948 durch das amerikanische Hauptquartier "European Command" APO 403, US Army, auf 7 Jahre herabgesetzt.

Die Tat wird von uns mißbilligt. Wir bitten den Herrn Hohen Kommissar aber, die Motive zu diesem Vergehen im Blickfeld der da-

maligen Zeitumstände zu sehen. Der Entschluß zum Raub entsprang nicht irgendwelchen niedrigen Bereicherungsabsichten, sondern war

einzig und allein von dem Willen bestimmt, so schnell wie möglich zu den Angehörigen zurückzukommen. Ihre psychologische Verfassung ließ

den inzwischen Verurteilten jedes Mittel recht erscheinen, das ihnen die Flucht ermöglichen oder erleichtern konnte. Dadurch waren sie

sich der kriminellen Seite ihres Tuns nicht voll bewußt.

Die Nachforschungen haben ergeben, dass die beiden genannten Kriegsgefangenen sowohl wie ihre Familienangehörigen politisch in keiner Weise belastet sind.

Im Namen der Menschlichkeit bittet die Kriegsgefangenenhilfe der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands den Herrn Hohen Kommissar, zu überprüfen, inwieweit eine Begnadigung oder Strafaussetzung mit Bewährungsfrist in Aussicht gestellt werden könnte.

-----  
 Die Rolle der Gewerkschaften  
 -----

Im Rahmen der WDR-Sendereihe "Politisches Forum" werden je ein Vertreter der SPD, CDU, FDP, DP und des Zentrums in Berlin zusammenkommen, um über die Frage "Die Rolle der Gewerkschaften im Staat" zu diskutieren. Für die SPD wird Ludwig Rosenberg vom Bundesvorstand des DGB sprechen. Die Übertragung erfolgt am 25. Januar von 22.15 bis 23.00 Uhr durch den WDR.

## Nachrichten aus der Ostzone:

-----  
 Polizeischulen der Sowjetzone  
 -----

sp. Allein im Lande Thüringen befinden sich vier Volkspolizeischulen, die dem Ostzonen-Innenministerium direkt unterstellt sind, und die ausschliesslich die militärische Ausbildung der Volkspolizei zur Aufgabe haben, und zwar: für die Infanterieausbildung in Suhl, ehemalige Polizeikaserne, belegt mit etwa 1000 Volkspolizisten, für die Pionierausbildung in Erfurt-Petersberg, belegt mit etwa 1 500 Volkspolizisten, die auf 2 000 erhöht werden soll, Ausbildung an leichten Waffen in Apolda und Langensalza. In den übrigen Ländern der Sowjetzone gibt es weitere 14 Volkspolizeischulen.

Direktiven erhalten diese Schulen ausschliesslich durch die Verwaltung für Schulung im Ostzonen-Innenministerium, die dem Chefinspekteur und ehemaligen ersten Vizepräsidenten der DWDI, Zaissler, untersteht.

- - - -

-----  
 Ein berüchtigtes NKWD-Gefängnis  
 -----

sp. Im Dresdner NKWD-Gefängnis, einem von vielen, am Münchener Platz, im Hause des Land- und Amtsgerichts, beträgt die Zahl der ständig dort durch die NKWD schuldlos Inhaftierten ca. 250 - 300 Gefangene. Nur wenige werden nach monatelangen Quälereien wieder freigelassen, die meisten von ihnen werden auf Grund des sowjetischen Spionage-Paragraphen 58/6 zu langjährigen Zwangsarbeitsstrafen verurteilt.

- - - -

-----  
 Die Grenzpolizei wird überwacht  
 -----

sp. Die Zonengrenzkontrolle bei Marienborn ist seit kurzem durch Kriminalpolizei aus dem Ostsektor von Berlin und durch Ostzonen-Geheimpolizei verstärkt worden. Zu ihren Aufgaben gehört auch die Überwachung der bei Marienborn eingesetzten Grenzpolizei. In den letzten Wochen wurden auch die Grenzposten ausgetauscht. Dieser Austausch soll nunmehr nach kürzeren Zeiträumen laufend vorgenommen werden, um ein "Fraternisieren" zwischen Grenzpolizisten und der einheimischen Bevölkerung zu verhindern. In letzter Zeit waren die Fälle der Bestechung von Grenzpolizisten gestiegen.

- - - -

-----  
 Westdeutsche Jungkommunisten an Ost-Universität  
 -----

sp. An der Arbeiter- und Bauernfakultät der Universität in Halle studieren zur Zeit 40 Hamburger Jung-Kommunisten, die durch Sonderstipendien unterstützt werden. Auch wer die Abschlussprüfung in diesem Ausbildungsgang nicht besteht, wird in der ostzonalen Verwaltung untergebracht.

- - - -